



## Bundesamt für Kommunikation

---

# BAKOM Infomailing Nr. 23

Editorial

## Aktuelles

Was kostet der Glasfaserausbau in die Haushalte?

Mögliche Regulierung von zukünftigen Telekomnetzen

Ein Telefoniemarkt ohne Terminierungsentgelte

## Informationsgesellschaft

Gefahren im Internet: Informationen der Polizei

Europarat: Handbuch zur Internetkunde

## Internationales

5 Jahre Internet Governance Forum - wie weiter mit der Austauschplattform der UNO?

Nachricht an Fachkontakt

Zuletzt aktualisiert am: 12.10.2010

## Druckversion

### Drucken des BAKOM-Infomailings

Unter "Druckhilfe" zur gewünschten Ausgabe scrollen, die unter Dokumentation > Newsletter > BAKOM-Infomailing zu finden ist. Ganz am Ende der Seite zuerst die Option "Unterseiten drucken" wählen, dann auf "Ausgewählte Seiten drucken" klicken.

Druckhilfe

---

Bundesamt für Kommunikation BAKOM

Kontakt | Rechtliches

---

/dokumentation/Newsletter/01315/03528/index.html?lang=de

# Editorial

Liebe Leserinnen und Leser

Die vorliegende Ausgabe des BAKOM-Infomailings behandelt ganz unterschiedliche Themen. Allen Oktoberbeiträgen gemeinsam ist jedoch ihr praktischer Nutzen für Userinnen und User von Fernmeldediensten, auch wenn es sich in einigen Fällen um Zukunftsmusik handelt.

Beginnen wir mit einem heissen Thema, das Internetnutzerinnen und -nutzer heute stark beschäftigt: Wie schützt man Minderjährige vor Sexualdelikten, die im Netz begangen oder vorbereitet werden? Sie finden praktische Tipps der Polizei zu diesem Thema sowie Ratschläge zur Vermeidung von Internetbetrug. Mit demselben Präventionsgedanken stellt ein Experte das Handbuch des Europarats zum Umgang mit dem Internet vor. Dieses Werk richtet sich an Jugendliche sowie Eltern und Lehrpersonen und enthält eine Flut an Know-how zum Thema, auch in Bezug auf neuere Phänomene wie das Social Networking. Der dem Internet gewidmete Teil des vorliegenden Infomailings wird durch einen Artikel abgerundet, der Bilanz aus fünf Jahren Internet Governance zieht und einen Blick in die Zukunft der internationalen Debatten zu diesem Thema - übrigens unter Schweizer Vorsitz - wirft.

Der zweite Teil dieser Ausgabe betrifft die Regulierung des Zugangs zu den Fernmeldenetzen. Der Bundesrat hat gerade einen Evaluationsbericht zum Schweizer Fernmeldemarkt verabschiedet, der sich namentlich mit dieser Frage befasst. In diesem Zusammenhang hat das BAKOM zwei externe Studien finanziert, von denen eine auf die Frage nach der allfälligen Regulierung der künftigen Netze und die andere auf die Kosten des Glasfaseranschlusses für Haushalte eingeht. Die Schlussfolgerungen der beiden Studien werden in getrennten Beiträgen in diesem Infomailing zusammengefasst. Zu guter Letzt folgt ein Artikel zur Frage, ob die berühmten Terminierungskosten, die weiterhin viel Tinte fliessen lassen werden, eines Tages in europäischer Absprache durch ein ausgereifteres und weniger schwerfälliges Regulierungssystem ersetzt werden könnten.

Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre.

Philipp Metzger  
Vizedirektor

[Zurück zur Übersicht BAKOM Infomailing Nr. 23](#)

[Nachricht an Fachkontakt](#)

Zuletzt aktualisiert am: 12.10.2010

---

Bundesamt für Kommunikation BAKOM  
[Kontakt](#) | [Rechtliches](#)

---

</dokumentation/Newsletter/01315/03528/03529/index.html?lang=de>

# Was kostet der Glasfaserausbau in die Haushalte?

Zwischen 60% und 70% der Schweizer Haushalte und Betriebe können gemäss Modellrechnungen wirtschaftlich rentabel mit Glasfasernetzen erreicht werden. Dies zeigt eine Simulation der Kosten des Glasfaserausbaus, welche die Beratungsfirma WIK-Consult für das BAKOM erstellt hat. Mit Blick auf die aktuelle Glasfaserdiskussion in der Schweiz schlägt die Studie zur Förderung eines nachhaltigen Glasfaserausbaus eine Reihe von Massnahmen vor.

René Dönni Kuoni, Abteilung Telecomdienste

Für einen flächendeckenden Bau eines Glasfasernetzes in der Schweiz wären Investitionen von 21 bis 24 Milliarden Franken erforderlich. So die Erkenntnis, zu der WIK im Rahmen eines so genannten Greenfield-Ansatzes gelangt ist. Der landesweite Netzausbau wäre insgesamt gesehen unrentabel und nicht über den Markt finanzierbar.

Weit günstiger wäre ein Glasfaserausbau für 60% der bewohnten Gebiete der Schweiz: die notwendigen Investitionen würden dafür bei 8 bis 9 Milliarden Franken liegen und ein entsprechendes Netz wäre kommerziell gerade noch realisierbar. Damit hat die Schweiz im internationalen Vergleich bemerkenswert gute Chancen auf eine hohe wirtschaftlich realisierbare Erschliessung mit Glasfasernetzen; im Ausland liegt die wirtschaftlich rentable Ausbaugrenze zumeist unter dem für die Schweiz errechneten Wert.

Da der Netzausbau insgesamt risikoreich ist und sich eine hohe Flächendeckung gemäss WIK nicht von alleine ergibt, wurden im Rahmen der Studie Empfehlungen erarbeitet, wie der Glasfaserausbau in der Schweiz nachhaltig gefördert und dadurch punkto wirtschaftlich realisierbarer Flächendeckung optimiert werden kann:

1. Glasfaserausbau fördern, insbesondere durch Vermeidung von Doppelinvestitionen oder durch Verminderung von Investitionsrisiken, indem die zukünftige Regulierung baldmöglichst definiert wird.
2. Gezielte Lenkung des Mehrfasersmodells, welches mehreren Anbietern ermöglicht, ihre Dienste demselben Kunden anzubieten und entsprechende Auswirkungen auf den Wettbewerb hat. Das beinhaltet laut WIK insbesondere Netzzugangspunkte festlegen, Zugangsmöglichkeiten für alle Wettbewerber öffnen und wettbewerbsbehindernde Absprachen verbieten.
3. WIK empfiehlt neben dem Mehrfasersmodell auch, die Entbündelung der Glasfasern in den Ortszentralen einzuführen, um den Ausbau der neuen Glasfasernetze in der Fläche zu unterstützen. Die entsprechenden Vorleistungspreise sollten dabei kostenorientiert festgelegt werden, wobei den Aspekten des Risikoausgleichs und der Vermeidung von "Trittbrettfahrertum" Rechnung zu tragen ist. Möglichkeiten dazu sieht WIK bei der Berücksichtigung von Mengenrabatten, bei Vorleistungstarifen mit Fixpreisbestandteilen, in langfristigen Verträgen und bei Preisdifferenzierungen in Abhängigkeit abnehmender Mengen. Insgesamt soll es den Marktteilnehmern frei stehen, ob sie sich für

Mitinvestitionen ins Mehrfasernmodell, für den Bezug von entbündelten Glasfaserleitungen oder für eine Kombination von beidem entscheiden.

Aus der Studie von WIK wird ersichtlich, dass eine flächendeckende Erschliessung mit neuen Glasfasernetzen auch in der Schweiz aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht realisierbar ist und dass sich dabei ungedeckte Kosten im Umfang von 13 bis 15 Milliarden Franken ergeben könnten. Eine Aufnahme der Glasfasertechnologie in die Grundversorgung scheint WIK daher als verfrüht. Dennoch zeigt die Studie Möglichkeiten zur Deckung ungedeckter Kosten auf: wirtschaftliche Erschliessung optimieren, den Ausbau in unrentablen Gebieten durch Profite aus rentablen Gebieten quersubventionieren, die Nachfrage resp. Ausschüttung von Investitionszuschüssen in unrentablen Gebieten subventionieren oder unterschiedliche Endkundenpreise je nach Erschliessungskosten einführen.

Im Zusammenhang mit der vom Bundesrat am 17. September 2010 verabschiedeten Evaluation zum Fernmeldemarkt wurde die Beratungsfirma WIK (Bonn) mit der Erstellung eines Modells zu den Kosten von neuen Glasfasernetzen sowie mit der Erarbeitung von Szenarien einer nationalen Glasfaserausbaustrategie in der Schweiz beauftragt.

[Zurück zur Übersicht BAKOM Infomailing Nr. 23](#)

[Nachricht an Fachkontakt](#)

Zuletzt aktualisiert am: 12.10.2010

## **Weitere Informationen**

[Studie "Szenarien einer nationalen Glasfaserausbaustrategie in der Schweiz" von WIK](#)

[Verlegung der Glasfaser in der Schweiz](#)

[Fernmeldebericht 2014](#)

---

Bundesamt für Kommunikation BAKOM

[Kontakt](#) | [Rechtliches](#)

---

/dokumentation/Newsletter/01315/03528/03530/index.html?lang=de

# Mögliche Regulierung von zukünftigen Telekomnetzen

Der Ausbau der Glasfasernetze wirft laut einer Studie der Beratungsfirma Infrac die Frage einer Anpassung des Fernmeldegesetzes auf. Auch wenn es heute zu früh ist, um in den Glasfasermarkt einzugreifen, können in Zukunft örtlich bald unerwünschte Monopole entstehen, auf die rasch zu reagieren sein wird.

René Dönni Kuoni, Abteilung Telecomdienste

Infrac hat festgestellt, dass Glasfaseranschlüsse in der Schweiz noch kaum verbreitet und dass keine Dienste auf dem Markt vorhanden oder absehbar sind, welche die Kunden und Kundinnen nicht über das bestehende Kupfer- oder Kabelnetz erhalten. Dass in Zukunft Glasfasern herkömmliche Anschlusstechnologien ablösen, ist gut möglich, jedoch nicht gewiss.

Gerade aufgrund der starken Verbreitung der TV-Kabelnetze in der Schweiz spielt der gegenwärtige Infrastrukturwettbewerb eine Rolle, der auch mit dem Aufbau von Glasfasernetzen für den Schweizer Telekommunikationsmarkt noch längere Zeit von Bedeutung sein dürfte und durch Regulierung nicht beeinträchtigt werden sollte.

## Regulierung ja oder nein?

Vor diesen beiden Hintergründen erscheint es Infrac angezeigt, nicht zu früh mit zu starken Regulierungen in den Markt einzugreifen und eine Technologie nicht im Voraus einzuschränken. Insbesondere weitreichende Regulierungen wie die Schaffung einer Netzgesellschaft - das heisst, die Schaffung eines beaufsichtigten Einheitsnetzes - oder Verpflichtungen im Rahmen der Grundversorgung wären gegenwärtig nicht angebracht. Sie wären für den aktuellen Wettbewerb kontraproduktiv.

Sollten sich die Glasfasernetze jedoch wie erwartet weiter ausbreiten und einen grösseren Markt hervorbringen, besteht gemäss der Studie die Gefahr des Marktversagens. Dies, weil bei Glasfaseranschlussnetzen schnell Monopole entstehen und Marktmacht eintreten kann. Auch wenn der Markt noch nicht soweit ist, schlägt Infrac vor, bereits heute den notwendigen Rechtsrahmen für die weitere Entwicklung zu schaffen. Dies zum Einen, weil sich der Markt für Glasfaseranschlussnetze in bestimmten Gebieten schnell entwickeln kann, so dass örtlich bald unerwünschte Monopolsituationen entstehen können und zum Anderen, weil investierende Telekomunternehmen auf Rechts- und Planungssicherheit hinsichtlich der zukünftigen Regulierung angewiesen sind.

## Optimale Regulierung

Laut Infrac hängt die optimale Regulierung von der jeweiligen Marktsituation ab, die je nach Ort und zeitlichem Verlauf unterschiedlich sein kann. Deshalb müsse die Regulierung in der Lage sein, jeweils für die regional verschiedenen Marktsituationen angepasste Lösungen zu bieten. Das könnte beispielsweise bedeuten, dass in bestimmten Regionen, in denen der Wettbewerb spielt, weitgehend auf Regulierung verzichtet werden kann, während in anderen reguliert wird: Nötig dafür ist ein dynamisches und differenziertes Regulierungssystem. Darin sind die Grundsätze der Regulierung sowie die für die Einführung von Regulierungsmassnahmen geltenden Kriterien und Schwellenwerte klar festzulegen. Sobald vordefinierte Schwellenwerte oder Marktconstellationen erreicht sind, können angemessene Bestimmungen durch den Regulator, den Bundesrat oder das Parlament in Kraft gesetzt werden.

# Empfehlungen

Die Studie gelangt zu folgenden Empfehlungen:

1. FMG-Revision an die Hand nehmen.  
Um bei einer eintretenden Monopolsituation rasch und angemessen regulieren zu können, ist es laut der Studie nötig, dass der zukünftig angewandte Regulierungsrahmen bereits heute vorbereitet wird.
2. Dynamischen Regulierungsrahmen schaffen.  
Gemäss der Studie sollte ein Regulierungsrahmen geschaffen werden, der die Kriterien und Schwellenwerte im Voraus klar festlegt. Er muss aber genügend flexibel bleiben, um die Markt- und Wettbewerbsverhältnisse in einer bestimmten Region und zu einer gegebenen Zeit angemessen abzubilden. Frühzeitig Bestandteil der Regulierung dürften etwa der diskriminierungsfreie Zugang sowie Auflagen zur transparenten Rechnungsführung sein.
3. Grundversorgung im Moment kein Thema.  
Grundversorgungsaufgaben zum Glasfaserausbau sind im Moment kein Thema; dazu ist der Markt zu wenig entwickelt und der Nutzen unsicher. Der Regulierungsrahmen sollte jedoch so ausgestaltet werden, dass die Grundversorgung bei Bedarf zu einem späteren Zeitpunkt auf eine kohärente Weise sichergestellt und finanziert werden kann.

Im Zusammenhang mit der vom Bundesrat am 17. September 2010 verabschiedeten Evaluation zum Fernmeldemarkt wurde die Beratungsfirma Infrac (Zürich) beauftragt, eine Studie zur Erarbeitung von Ansätzen zur Regulierung von modernen Telekomnetzen (insbesondere neue Glasfaseranschlussnetze) zu erstellen.

[Zurück zur Übersicht BAKOM Infomailing Nr. 23](#)

[Nachricht an Fachkontakt](#)

Zuletzt aktualisiert am: 12.10.2010

## Weitere Informationen

[Studie "Ansätze zur Regulierung von modernen Telekomnetzen" von Infrac](#)  
[Verlegung der Glasfaser in der Schweiz](#)  
[Fernmeldebericht 2014](#)

---

Bundesamt für Kommunikation BAKOM

[Kontakt](#) | [Rechtliches](#)

---

</dokumentation/Newsletter/01315/03528/03531/index.html?lang=de>

# Ein Telefoniemarkt ohne Terminierungsentgelte

Telekomanbieter bezahlen einander für die Netzzusammenschaltung Gebühren, damit Kundinnen und Kunden auch in andere Netze telefonieren können - so genannte Terminierungsentgelte. Wenn für die Weiterleitung eines Anrufes keine Gebühren bezahlt werden, bezeichnet man dies als Bill&Keep. Gemäss einer neuen ökonomischen Analyse sind durch die Einführung von Bill&Keep bei der Sprachtelefonie positive Wohlfahrtseffekte zu erwarten; insbesondere könnten Endkundinnen und -kunden von tieferen Preisen profitieren. Ist dieses System für die Schweiz längerfristig eine Option?

Raphael Scherrer, Abteilung Telecomdienste

Das Telekomregulierungs-Gremium der EU "BEREC" (Body of European Regulators of Electronic Communications) hat eine Analyse zu Bill&Keep veröffentlicht. Es handelt sich um ein Verrechnungssystem für die Netzzusammenschaltung - auch Interkonnektion genannt - auf dem Vorleistungsmarkt (Markt zwischen Anbietern). Dabei wird auf eine Verrechnung von Terminierungsentgelten verzichtet; der Terminierungspreis beträgt per Definition Null. Dieses System kommt heute grundsätzlich bereits in IP-Netzen (Internet Protokoll) zur Anwendung und wird mittels Peering-Abkommen umgesetzt.

## Eliminierung des Terminierungsmonopols

Für Fest- und Mobiltelefonie bezahlt der Netzbetreiber X gegenwärtig ein volumenabhängiges Terminierungsentgelt an Netzbetreiber Y (pro Minute), damit dieser die Anrufe der Kundschaft von X an seine eigenen Kundinnen und Kunden weiterleitet. Die Terminierungsentgelte werden damit zu einem Bestandteil des Endkundenpreises. Dieser Ansatz heisst CPNP-Ansatz (Calling Party's Network Pays - "derjenige bezahlt, der anruft").

In solchen Systemen bestehen strukturelle Terminierungsmonopole, da weder der Anrufer noch sein Anbieter wählen kann, auf welchem Netz der Anruf abgeschlossen wird. In einem Bill&Keep-System hingegen tritt das Problem des Terminierungsmonopols nicht mehr auf, da der Anbieter seine Netzkosten aufgrund der wegfallenden Terminierungsentgelte nicht mehr über den Vorleistungsmarkt, sondern über den stärker dem Wettbewerb unterliegenden Endkundenmarkt und damit über seine eigene Kundschaft decken muss.

## Sinkende Endkundenpreise

Die BEREC-Analyse zeigt, dass durch die Einführung von Bill&Keep die Endkundenpreise sinken würden: Die Netznutzung würde steigen und auf Seiten der Anbieter würden die Kosten pro Minute durch diese Grössenvorteile reduziert. Die Investitionsanreize würden gemäss Analyse nicht vermindert. Auch die Dienstqualität sollte sich gegenüber dem CPNP-System nicht verschlechtern: Der terminierende Anbieter wird nach wie vor daran interessiert sein, den eigenen Kundinnen und Kunden, auch wenn sie angerufen werden, gute Qualität zu bieten.

Da die Terminierungsgebühren wegfallen und die Anbieter diese Kosten nur über den Endkundenmarkt decken könnten, würde der Regulierungsbedarf und entsprechend auch Regulierungskosten reduziert.

## Geeignet für Next Generation Networks (NGN)

Next Generation Network (NGN) bezeichnet ein Netzwerk, welches traditionelle leitungsvermittelnde Telekommunikationsnetze wie Telefonnetze, Kabelfernsehnetze, Mobilfunknetze etc. durch eine einheitliche paketvermittelnde Netzinfrastruktur und -architektur

ersetzt. In NGN verschmelzen somit separate Netze und Dienste, also auch die Sprachtelefonie, in ein so genanntes "Multiservice NGN IP-Netz" ("all IP"). Dafür ist Bill&Keep ein viel versprechendes Verrechnungssystem. Da heute IP-Netze und PSTN-/ Mobil-Netze unterschiedlichen Verrechnungsmechanismen unterliegen und die Entwicklungen in Richtung "Multiservice NGN All-IP-Netze" gehen, wird ein konsistentes und einheitliches Verrechnungssystem für alle Dienste von BEREC als nachhaltig und effizient angesehen.

## Übergang zu Bill&Keep

Die tendenziell fallenden Kosten für Sprach- und Datendienste sowie die Implementierung der Empfehlung der Europäischen Kommission zu den Festnetz- und Mobilterminierungspreisen sollten in Europa die regulierten Preise für Terminierung stufenweise senken. Ausserdem wird der Preisunterschied zwischen Festnetz- und Mobilfunkterminierung immer geringer. Diese Entwicklungen können in Europa den Übergang zu Bill&Keep erleichtern.


Es stellt sich die Frage, ob Bill&Keep längerfristig auch für die Schweiz eine viel versprechende Option werden kann. Eine Einführung von Bill&Keep in der Schweiz käme wohl nur unter der Voraussetzung in Frage, dass das System zumindest in der EU eingeführt würde. Denn im internationalen Telefonverkehr würden sonst allenfalls die inländischen Anbieter benachteiligt, indem sie weiterhin Terminierungsentgelte bezahlen müssen, die ausländischen Anbieter aber vom Bill&Keep-System profitieren können. Auf jeden Fall gilt es, die Entwicklungen in Europa weiterhin genau zu beobachten.

[Zurück zur Übersicht BAKOM Infomailing Nr. 23](#)

[Nachricht an Fachkontakt](#)

Zuletzt aktualisiert am: 12.10.2010

## Weitere Informationen

[BEREC-Analyse zu Bill&Keep](#) 

---

Bundesamt für Kommunikation BAKOM

[Kontakt](#) | [Rechtliches](#)

---

</dokumentation/Newsletter/01315/03528/03532/index.html?lang=de>



# Gefahren im Internet: Informationen der Polizei

Viele Betrüger haben sich das Internet als Betätigungsfeld ausgesucht, weil sie dort vermeintlich anonym vorgehen und mit wenig Aufwand oft eine grosse Beute machen können. Vielen Internetnutzerinnen und -nutzern fehlt im Gegenzug häufig ein gesundes Misstrauen; viele Hinweise, die auf eine Betrügerei hinweisen, werden nicht beachtet. Aus diesen Gründen hat die Schweizerische Kriminalprävention ihre Broschüren "Polizeilicher Sicherheitsratgeber" und "Sicherheit im Alter" überarbeitet und mit Informationen zum Umgang mit den neuen Medien ergänzt.

Martin Boess, Schweizerische Kriminalprävention SKP

## Betrug im Internet

Regelmässig wird die Schweiz in betrügerischer Absicht mit E-Mails überschwemmt. Häufig finden sich Nutzerinnen und Nutzer auf dubiosen Webseiten wieder, die Gratisdienstleistungen oder grosse Gewinne versprechen. Im Internet gekaufte Waren werden nicht in der versprochenen Qualität oder gar nicht geliefert. Oft tappen Nutzerinnen und Nutzer in Fallen: Betrüger spionieren persönliche Daten von Kreditkarten oder Zugangsdaten für das Online-Banking aus. Häufig entsteht dabei grosser finanzieller Schaden, der durch einfache Vorsichtsmassnahmen hätte vermieden werden können.

- Unser wichtigster Tipp: Bewahren Sie Ihre Passwörter und PIN-Nummern sicher auf und geben Sie diese an niemanden weiter. Sie werden von seriösen Firmen nie aufgefordert, ein Passwort einzusenden.

## Kinderpornografie im Internet

Seit 2002 bestehen in der Schweiz klare Gesetze gegen die Kinderpornografie (Art. 197 StGB). Trotzdem werden immer wieder Pädokriminelle mit Sammlungen kinderpornografischer Erzeugnisse von der Polizei verhaftet und von der Justiz verurteilt. Die Täter gehen jeweils davon aus, dass sie keine Spuren im anonymen Internet hinterlassen würden. Das Internet ist jedoch kein rechtsfreier Raum. Auch im Internet kann man für Straftaten zur Rechenschaft gezogen werden. Die Polizei ist auch im Internet präsent.

- Unser wichtigster Tipp: Halten Sie sich von kinderpornografischen Inhalten im Internet fern.

## Sexuelle Übergriffe gegen Kinder im Internet

Im Internet sind viele Pädosexuelle äusserst aktiv. Sie benutzen das Internet oft als vorbereitende Plattform für die sexuelle Ausbeutung von Kindern. Vorbereitungsarbeiten sind zum Beispiel das Beschaffen von Bild- und Filmmaterial, aber auch das Planen eines persönlichen Treffens mit einem Kind. Es ist deshalb notwendig, dass Kinder wissen, wie man sich gegen allfällige Übergriffe von Pädosexuellen wehrt. Gut informierte Kinder können sich gegen Kontaktversuche sehr gut schützen. Dazu braucht es aber die Unterstützung der Erwachsenen: Eltern, Gotten und Götti oder Grosseltern sind aufgerufen, Kinder im Internet zu begleiten und zu beraten.

- Unser wichtigster Tipp: Informieren Sie sich über die Gefahren und die Schutzmöglichkeiten und begleiten Sie Ihre Kinder im Internet.

## Die Herausgeberin

Zur Sensibilisierung und Information verschiedener Bevölkerungsgruppen hat die Fachstelle Schweizerische Kriminalprävention (SKP) neue Broschüren publiziert, die viele Themen umfassen. Speziell hervorgehoben und mit Tipps und weiterführenden Informationen versehen sind die Delikte Betrug, Kinderpornografie und sexuelle Übergriffe im Internet.

Die Schweizerische Kriminalprävention ist eine Fachstelle der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD). Sie entwickelt und realisiert Informations- und Präventionskampagnen zu allen wichtigen Themen der Kriminalprävention. Weitere Informationen finden sie auf ihrer Webseite.

Die Broschüren "Polizeilicher Sicherheitsratgeber" und "Sicherheit im Alter" können im Internet und auf jedem Polizeiposten in der Schweiz bezogen werden.

Die SKP gehörte der Expertengruppe an, die mit der Koordinationsstelle Informationsgesellschaft des BAKOM das Konzept "Sicherheit und Vertrauen" erstellt hatte, das der Bundesrat am 11. Juni 2010 zur Kenntnis genommen hat. Ein Schwerpunkt der Arbeiten der Koordinationsstelle ist die Unterstützung der Bevölkerung beim alltäglichen Gebrauch von Internet, E-Mail und weiteren Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT).

[Zurück zur Übersicht BAKOM Infomailing Nr. 23](#)

[Nachricht an Fachkontakt](#)

Zuletzt aktualisiert am: 12.10.2010

## Weitere Informationen

[Broschüre Polizeilicher Sicherheitsratgeber](#) [↔](#)

[Broschüre Sicherheit im Alter](#) [↔](#)

[Webseite Schweizerische Kriminalprävention](#) [↔](#)

---

Bundesamt für Kommunikation BAKOM

[Kontakt](#) | [Rechtliches](#)

---

/dokumentation/Newsletter/01315/03528/03533/index.html?lang=de

# Europarat: Handbuch zur Internetkunde

Die Gefahren des Internets gehören inzwischen zu den Tagesgesprächen. Die Mahner fordern immer neue Regelungen und Beschränkungen, um Kinder und Jugendliche auf dem Internet besser zu schützen. Sind staatliche Eingriffe wirklich zielführend oder braucht es nicht vielmehr bessere Orientierung und Kenntnisse der jugendlichen Nutzerinnen und Nutzer? Der Europarat hat bereits vor Jahren ein Handbuch zur Internet-Kompetenz entwickelt, das inzwischen auch in einer deutschen Version verfügbar ist.

Wolf Ludwig, freier Medienjournalist und Berater

Die zunehmende Nutzung und Verbreitung des Internets im täglichen Leben führt zu grösseren Herausforderungen. Seit auch Kinder und Jugendliche neue Medien wie Computer und Mobiltelefone regelmässig nutzen, werden auch die damit verbundenen Gefährdungen deutlich: kinderpornographische Inhalte, Verlust der Privatsphäre, Bullying (engl. für tyrannisieren) und andere Formen der Belästigung unter Jugendlichen gehören heute zu den alltäglichen Begleiterfahrungen mit neuen Medien. Dabei werden zunehmend Stimmen laut, die mehr Schutz und Sicherheit auf Kosten der Offenheit des Netzes fordern.

Der Europarat beschäftigt sich seit Jahren mit Möglichkeiten und Grenzen der Netzregulierung. Neben diversen Empfehlungen publizierte die Abteilung zur Medien- und Informationsgesellschaft ein Handbuch zur Internet-Kompetenz (Internet Literacy), zuerst auf Englisch, dann in weiteren Sprachen (Französisch, Spanisch, Bulgarisch, Griechisch, Rumänisch, Russisch und Serbisch). Seit Frühjahr 2010 gibt es auch eine deutsche Version des Handbuchs, die vom Bundesamt für Kommunikation in Auftrag gegeben wurde (siehe Link in der rechten Spalte).

Das Handbuch ist ein Leitfaden für Eltern, Lehrpersonen und Jugendliche und bietet auf 25 Merkblättern allerlei nützliche Hinweise und Informationen zum sicheren Umgang und bedachten Gebrauch von Kommunikationsmitteln (Mail, Chats, Newsgruppen, Mobiltelefonen), Online-Spielen und Shopping, aber auch wertvolle Tipps zum Schutz der Privatsphäre und zur Informationssuche übers Internet. In der dritten überarbeiteten Auflage des Handbuchs, die der deutschen Version zugrunde liegt, wurden auch neuere Themen wie Social Networking, Web 2.0 und die netzgestützten Möglichkeiten zur Förderung der e-Demokratie aufgenommen.

Die Merkblätter bieten eine übersichtliche Einführung zu den verschiedenen Themen oder Problemstellungen und sind mit zahlreichen weiterführenden Links zu vertiefenden Informationsquellen ergänzt. Unter dem abschliessenden Kapitel "Unterstützung finden" erhalten Eltern, Lehrpersonen und Jugendliche eine Übersicht über ein inzwischen weit verzweigtes Netz von fachlich qualifizierten Beratungsstellen in Deutschland, Österreich und in der Schweiz.

Es bleibt zu wünschen, dass dieses nützliche Handbuch des Europarats zur Internet-Kunde unter den Zielgruppen - und besonders im Bildungsbereich - die Verbreitung findet, die es verdient. Denn unter Fachleuten besteht inzwischen weitgehend Einigkeit, dass nicht staatliche Eingriffe und Bevormundungen die mit dem Netz einhergehenden Probleme lösen können, sondern nur eine grössere Selbstverantwortung und bessere Befähigung der Internetnutzerinnen und Nutzer selbst. In der Vielfalt und Komplexität der Mediengesellschaft und im Netzzeitalter geht bisweilen die Orientierung verloren. Beobachtende und Sachverständige fordern daher seit langem die Einführung von Medienkompetenz als schulisches Regelfach. Die Notwendigkeit einer Medienerziehung wurde bereits seit Beginn der 80er Jahre in Foren der UNESCO deklariert. Die sogenannte "Grünwald-Erklärung" formulierte schon vor 25 Jahren Prinzipien einer Medienerziehung: "... rather than condemn or commend the power of the medias, it is better to

admit that they constitute an important element of contemporary culture and can be oriented towards encouraging citizens' active participation in society." <sup>1</sup>


<sup>1</sup>"...Statt die Stärke der Medien zu verurteilen oder zu empfehlen, ist es besser zu anerkennen, dass sie ein wichtiges Element der zeitgenössischen Kultur sind und zur Förderung einer aktiven Teilnahme der Bürgerinnen und Bürger an der Gesellschaft ausgerichtet werden können."


[Zurück zur Übersicht BAKOM Infomailing Nr. 23](#)

[Nachricht an Fachkontakt](#)

Zuletzt aktualisiert am: 12.10.2010

## Weitere Informationen

[Handbuch zur Internet-Kompetenz](#) 

[Weitere Initiativen des Europarats](#) 

---

Bundesamt für Kommunikation BAKOM

[Kontakt](#) | [Rechtliches](#)

---

/dokumentation/Newsletter/01315/03528/03534/index.html?lang=de

# 5 Jahre Internet Governance Forum - wie weiter mit der Austauschplattform der UNO?

Nach fünf Ausgaben des Internet Governance Forum (IGF) als Austauschplattform der UNO für unterschiedliche Bezugsgruppen (Multistakeholder-Plattform) wird die UNO-Generalversammlung diesen Herbst über die Weiterführung des IGF nach 2010 entscheiden. Die Zukunft des Multistakeholder-Dialogs wird im Rahmen der UNO auch über das Thema Internet hinaus von Bedeutung sein.

Thomas Schneider, Dienst Internationales

Das Internet Governance Forum als globale Plattform, wo sich Vertreterinnen und Vertreter von Regierungen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft auf gleicher Augenhöhe über aktuelle und künftige Herausforderungen bei der Nutzung und Verwaltung des Internets frei austauschen können, ist eines der Hauptresultate des Weltgipfels zur Informationsgesellschaft (WSIS) von 2003 in Genf und 2005 in Tunis. Die Verwaltung des Internets (Internet Governance) war damals (und ist heute noch) eines der umstrittensten Themen im Bereich der globalen Informationsgesellschaft. Vor allem die Länder der G77 sowie viele Zivilgesellschaftsorganisationen hielten und halten die derzeitige Verwaltung der Kernressourcen des Internets (IP-Adressen und Domain-Namen) durch die private US-amerikanische Stiftung ICANN für ungeeignet, um diese globalen Ressourcen im öffentlichen Interesse aller Menschen dieser Welt zu verwalten und weiterzuentwickeln.

## Das IGF als einer der grössten Erfolge des WSIS

Der 2005 in Tunis ausgehandelte Kompromiss im Bereich Internet Governance beinhaltet zwei Komponenten:

a) die Schaffung des IGF als offene Multistakeholder-Austauschplattform ohne Entscheidungskompetenz für mindestens fünf Jahre und

b) einen Prozess der "verstärkten Zusammenarbeit" (enhanced cooperation), welcher es allen Regierungen ermöglichen sollte, die Verwaltung des Internets künftig mitzubestimmen.

Dieser Prozess hat sich seit Tunis 2005 nicht entwickelt, weil sich die G77-Länder, die Industriestaaten und die Privatwirtschaft nach wie vor uneinig sind, wie diese "verstärkte Zusammenarbeit" und deren Ziele zu interpretieren seien: Die G77-Staaten verstehen unter "enhanced cooperation" die Überführung der Internetverwaltung weg von der privaten ICANN hin zu einer bestehenden oder neu zu schaffenden UNO-Organisation unter Führung der Regierungen. Die USA und ihre Verbündeten hoffen hingegen, dass sich ICANN und andere relevante Organisationen zwar etwas intensiver austauschen, dass aber institutionell keine Veränderungen geschehen würden. Die USA betonen, "enhanced cooperation" sei bereits in vollem Gange - für die G77-Länder hat der Prozess immer noch nicht angefangen.

Anders das Internet Governance Forum: Bereits nach nur wenigen Ausgaben (Athen 2006, Rio 2007, Hyderabad 2008, Sharm El Sheikh 2009 und Vilnius 2010) hat sich das Forum einen fixen Platz in der globalen Debatte um die Nutzung und Verwaltung des Internets erobert. Das IGF ist zwar ein reines Diskussionsforum ohne jede Entscheidungsgewalt. Gerade diese Absenz von Verhandlungsdruck und der gleichwertige Einbezug von Zivilgesellschaft und Wirtschaft auf Augenhöhe mit den Regierungen in die Architektur und die Themensetzung des IGF, hat dazu geführt, dass eine für die UNO neuartige Diskussions-, Austausch- und Zuhörkultur entstanden ist.

Akteure, die sich früher misstrauisch und feindselig gegenüberstanden, haben sich durch das IGF besser kennen und verstehen gelernt. Das IGF hat geholfen, global geteilte Visionen und Werte für die Internetwelt zu entwickeln und zu fördern. Zudem ist auch eine Reihe von neuen Partnerschaften entstanden, die mithelfen sollen, Missbräuche im Internet zu verhindern und Chancen besser zu nutzen. Von Beginn weg hatte das IGF einen Feedback-Prozess in seine Strukturen eingebaut, so dass man jedes Folgejahr auf Bewährtem aufbauen und aber auch neue Strukturen und Themen ausprobieren konnte. Dies, um das Forum im Bezug auf Formate, Relevanz der Themen sowie den Einbezug der relevanten Stakeholders gerade aus den Entwicklungsländern ständig weiterzuentwickeln. Die Entwicklung dieses für UNO-Verhältnisse sehr transparenten und partizipatorischen Prozesses ist nicht zuletzt das Verdienst des Inders Nitin Desai als Vorsitzenden und des ehemaligen Schweizer Diplomaten Markus Kummer als Exekutivsekretär des IGF.

## **Unterschiedliche Zufriedenheit mit dem IGF**

An der ersten offenen Konsultationsrunde über die Fortführung des IGF über 2010 hinaus hatten sich am Forum von 2009 in Sharm El Sheikh mit Ausnahme einer weniger Länder aus dem Kreis der G77 alle Stakeholder für eine Weiterführung und Weiterentwicklung - auf Basis der bisherigen Ausgaben - ausgesprochen. Es wurden auch konkrete Vorschläge angebracht, wie das IGF weiter verbessert werden könnte.

Sehr umstritten ist die Forderung von Seiten einiger G77-Staaten sowie von einigen Zivilgesellschaftsorganisationen, dass das IGF ein fassbares Resultat in Form eines ausgehandelten Papiers mit mindestens Empfehlungscharakter produzieren sollte. Diejenigen Staaten, die sich von dem Prozess der "enhanced cooperation" klare Schritte in Richtung einer neuen - von den Regierungen dominierten - Internetverwaltung erhofften, versuchen nun, via das IGF Druck in diese Richtung zu machen. In den Augen der meisten Industrieländer und anderen Stakeholders würden aber Verhandlungen über ein solches Dokument in einer Blockade enden und würden eben gerade den Kern des IGF-Erfolges zerstören: nämlich der freie und ungezwungene Austausch zwischen den verschiedenen Akteuren, welcher es diesen erleichtert, sich näher zu kommen und das Internet gemeinsam in gegenseitigem Respekt weiterzuentwickeln.

Die überragende Mehrheit der Stakeholders lehnt eine grundsätzliche Abkehr von der bisherigen Funktionsweise des IGF ab. Sie befürwortet eine evolutive statt revolutionäre Entwicklung des IGFs durch Reformen, die aus dem Kreis der Teilnehmenden selbst stammen. Einige konkrete Vorschläge wurden u.a. von der Schweiz bereits vorgebracht: So sollen die Diskussionen am IGF in ein fassbareres Schlussdokument überführt werden. Ein Dokument mit "Messages", die aber nicht Gegenstand von Verhandlungen sein sollen, soll die Tendenzen der Diskussion wiedergeben. Dieses Konzept wurde bereits im Rahmen des EuroDIG, des europäischen IGF, erfolgreich erprobt. Zudem soll die Teilnahme von Akteuren aus den Entwicklungsländern weiter erhöht, die Interaktivität der Veranstaltungen gestärkt und die Zahl der gleichzeitig stattfindenden Veranstaltungen reduziert werden.

## **Weiterentwicklung des IGF als Multistakeholder-Prozess: heikles Mandat für die Schweiz**

Im Mai 2010 hat sich als erstes Organ der UNO die für das WSIS-Follow-up verantwortliche Kommission für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung (CSTD) mit der Frage der Zukunft des IGF befasst. Unter Vorsitz der Schweiz (BAKOM) hat die CSTD nach langen Verhandlungen einen Resolutionsentwurf verabschiedet. Dieser sieht vor, dass einerseits offene Konsultationen zum Prozess der "enhanced cooperation" stattfinden sollen. Dies mit dem Ziel, ein geteiltes Verständnis über diesen Prozess zu erreichen. Andererseits soll eine Arbeitsgruppe eingesetzt werden, die für die nächste CSTD-Sitzung im Mai 2011 konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Funktionsweise unterbreiten soll. Diese Arbeitsgruppe soll nicht nur den

Regierungen, sondern auch Vertreterinnen und Vertreter von Wirtschaft und Zivilgesellschaft offen stehen. Auf diese Weise soll erreicht werden, dass die Regierungen im Rahmen der UNO-Generalversammlung im Herbst 2010 nur über die Weiterführung des IGFs unter Ausschluss der anderen Stakeholders entscheiden können, dass seine Modalitäten aber nach wie vor in einem Multistakeholder-Prozess bestimmt werden.

Im Juli 2010 hat der Wirtschafts- und Sozialrat der UNO (ECOSOC) in New York den Resolutionsentwurf der CSTD angenommen. Kurz darauf hat die neue Vorsitzende der CSTD aus Ghana ihren Vorgänger Frédéric Riehl, Vizedirektor und Leiter Internationales des BAKOM, beauftragt, diese Arbeitsgruppe einzusetzen und zu leiten. Der Schweiz kommt somit - einmal mehr - eine anspruchsvolle Aufgabe im WSIS-Prozess zu: Ziel muss es sein, diese Arbeitsgruppe so zu kreieren, dass sich einerseits Wirtschaft und Zivilgesellschaft weiterhin als den Regierungen gleichwertige Stakeholders im IGF-Prozess fühlen, dass aber andererseits diejenigen Regierungen, welche diesen Stakeholders nach wie vor misstrauisch bis ablehnend gegenüber stehen und lieber einen von den Regierungen alleine gesteuerten Prozess hätten, bei diesem Prozess ebenfalls mitmachen. Es bleibt also nur wenig Zeit, eine ausgewogene und repräsentative Arbeitsgruppe zusammenzusetzen und bis im Frühling 2011 für Alle akzeptable Reformen des IGFs zu erarbeiten. Dies kann allerdings nur gelingen, wenn die Generalversammlung im Herbst 2010 auch tatsächlich entscheidet, das Mandat des IGF über 2010 hinaus weiterzuführen.  
[Zurück zur Übersicht BAKOM Infomailing Nr. 23](#)

[Nachricht an Fachkontakt](#)

Zuletzt aktualisiert am: 12.10.2010

## Weitere Informationen

[Internet Governance Forum](#)

[Umsetzung und Folgeprozess des UN-Weltgipfels zur Informationsgesellschaft \(WSIS\)](#)

---

Bundesamt für Kommunikation BAKOM

[Kontakt](#) | [Rechtliches](#)

---

</dokumentation/Newsletter/01315/03528/03535/index.html?lang=de>